

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen...

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17...

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 75

Sonnabend, 30. Januar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

160. Sitzung vom 29. Januar, 2 Uhr.

Die Transförlager vorlage wird in der Gesamtabstimmung, die auf Antrag Bebel eine namentliche ist, mit der in zweiter und dritter Lesung vom Reichstag beschlossenen Erweiterung der Vorlage auf Holz, Wein- und auf Mehl...

Die Vorlage betr. Anwendung der Vertragstarife auf nichtmeistbegünstigte Staaten wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Verlesung des Gesetzes betr. die Einziehung der österreichischen Vereinsthaler.

Abg. Frhr. v. Frege (n.) äußert Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs. Zur Abwendung größerer Verluste möge man mit einer stärkeren Ausprägung der 5-Markstücke vorgehen.

Abg. Dr. Bamberger (fr.) hält eine Kommissionsberatung für unnötig. Diese Vorlage ist eigentlich unnötig; denn der Bundesrat hat ein vollkommenes Recht, auch ohne Zustimmung des Reichstags österreichische Thaler außer Kurs zu setzen...

Es folgen Petitionen. Die Petitionen betr. Privatarbeiten der Militärbüchsenmacher und den Handel derselben mit Waffen und Munition wird dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Ueber die Petitionen betr. Einführung eines Zolles auf mit Salz bestrichene grüne Heringe und betr. kommunale Besteuerung des Weins geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition gegen amtliche Beeinflussungen der Gastwirthe in Bezug auf die Wahlen durch die Amtsvorsteher und Landräthe beantragt die Kommission dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Auf Antrag Rickert (fr.) wird die Petition zur nochmaligen Berichterstattung an die Kommission zurückverwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 2 Uhr (2. Nachtragsetat betr. Anleihe für Marinezwecke, Rechnungsfache). Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 29. Jan. Die heutige Rede des Grafen Caprivi im Abgeordnetenhaus ist nicht mehr und nicht weniger als die offene, scharfe, alle und jede Zweideutigkeit fortan ausschließende Absage an die Nationalliberalen. Graf Caprivi nahm den Faden dort auf, wo Graf Zedlitz ihn gestern hatte fallen lassen, und er ging, von diesem Faden geleitet, bis zur äußersten rechten Seite aller möglichen und unmöglichen Politik.

daß das Tisch Tuch zwischen der Regierung und den Liberalen nach dem Willen der Regierung zerschneiden werden soll. Graf Caprivi sprach allerdings mit Anerkennung von den Nationalliberalen und ihrem Führer im Reichstage, aber die Ironie steckte auch in diesem Lobe, und schließlich, was wollen Worte sagen, wenn der Entschluß nach einer anderen Richtung hin längst gefaßt ist? Daß unter den gegebenen Umständen die Miqueltrife nicht so, wie sie jetzt steht, noch länger sich hinschleppen kann, sondern daß sie auf die eine oder die andere Weise schneller verlaufen muß, ist Freunden und Gegnern gleicherweise klar.

Ein modus vivendi in Bezug auf den Tarif ist bis 30. Juni zwischen Deutschland und Spanien dahin vereinbart worden, daß beide Staaten sich auf dem Fuße der Meistbegünstigungen behandeln, mit zwei Ausnahmen: Spanien nimmt den Alkohol aus und Deutschland den Wein. Der Weinzoll beträgt daher für Spanien nach wie vor 24 Mk. in Deutschland. Das Zollgesetz über die Uebergangsverhältnisse am 1. Februar ist dank der Wachsamkeit der linken Seite, welche alle ihre Mitglieder nach Berlin rief, in der Reichstagsitzung am Freitag, wie schon telegraphisch gemeldet, mit 124 gegen 107 Stimmen angenommen worden.

wirkung des preussischen Volksschulgesetzentwurfs auf unsere Verhältnisse nicht so zu fürchten haben, wie zur Zeit der Reaktion die Einwirkung der Stiehlischen Regulative; doch ist man andererseits sich der Folgen wohl bewußt, die für den führenden deutschen Staat eintreten müssen, wenn der römisch-kerkliche Einfluß auf die Volksschule maßgebend werden sollte.

Parlamentarische Nachrichten.

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission bemerkte Abg. Sinze, im Etat seien die Managements im Offizierkorps in gleicher Weise wie im vorigen Jahre eingestellt und knüpft daran die Frage, wie weit die Vorschrist der Kabinettsordre vom Januar 1890 im Sinne der Vermehrung der jungen Offiziere gewirkt habe. Major Gaede theilt mit, seit Oktober 1890 bis November 1891 sei ein erheblicher Zugang, nämlich um 354 erfolgt; während im Durchschnitt der letzten Jahre nur 1650 Offiziere eingetreten seien und im Jahre 1889 und 1890 nur 86. Die Managements verminderten sich bei der Kavallerie vom Oktober 1890 bis November 1891 um 57, also 3.1 pCt. auf 16, also 9 pCt.; Feldartillerie von 366=20 pCt. (in Folge großer vorjähriger Vermehrung) auf 269=14.7 pCt.; Fußartillerie von 64=9.4 pCt. auf 26=4.8 pCt. Dagegen sind die gestiegen bei den Ingenieuren von 67=8.7 pCt. auf 73=10.3 pCt., Train von 56=24.3 pCt. auf 57=24.8 pCt. Das ziffermäßige Management an Lieutenants hat sich vermindert von 1438=10.5 pCt. auf 1153=8.4 pCt. Der Etat für sämtliche Offiziere belief sich Oktober 1890 auf 15003 Rthlr., November 1891 auf 15072; dagegen vorhanden 1890: 13565, Managements 1438=9.6 pCt.; 1891 vorhanden 13919, Managements 1153=7.6 pCt. Es sei also eine erfreuliche Abnahme der Managements eingetreten, so daß diese voraussichtlich in nicht zu langer Zeit ganz aufhören würden.

In der Wahlprüfungskommission wurden heute die Wahlen der Abg. Zangenmeister (fr. 2. Cob.-Gotha) u. Grumbt (Reichsp. 8, Sachsen) für gültig erklärt. Die Kommission hatte s. Z. mit 7 gegen 6 Stimmen die Wahl Zangenmeisters beanstandet und Erhebung wegen des in Wahlprotesten behaupteten Eingreifens der Kriegervereine in die Wahlagitation verlangt. Obgleich nun die Angaben des Wahlprotestes sich als richtig erwiesen, traten die Konservativen, Nationalliberalen und Centrum für die Gültigkeit der Wahl ein und wurde dieselbe mit 7 gegen 4 Stimmen beschlossen. Für Ungültigkeit stimmten Freisinnige und Sozialdemokraten. Auch bei der Wahl Grumbt handelte es sich um die Zulässigkeit der Agitation der Kriegervereine. Die Gültigkeit der Wahl wurde mit 7 gegen 5 Stimmen (3 Freis., 1 Soziald., 1 Citr.) beschlossen.

Das Zustandekommen des von den Abg. Hirsch u. Gen. beantragten Gesetzes, welches den Berufsvereinen eine feste Grundlage geben soll, erscheint gesichert. In der heutigen Sitzung der Kommission wurde nach langer Debatte der Grundlegende § 1 in einer von den Abg. Hise, Dr. Lieber, Nedermann, Spahn (Centrum) beantragten, der entsprechenden Bestimmung des neuen bürgerlichen Gesetzbuchs angepaßten Fassung mit 10 gegen 3 Stimmen Dr. Giese (kons.), v. Knebel (Reichsp.), Schneider-Hanau (natl.) angenommen. Derselbe lautet: „Vereine, welche die Förderung der Berufsinteressen und die Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, erlangen Rechtsfähigkeit durch Eintragen in das Vereinsregister desjenigen Amtsregisters, in dessen Bezirk sie ihren Sitz haben. Als Sitz des Vereins gilt, wenn nicht ein Anderes erbest, der Ort, an welchem die Verwaltung geführt wird.“

lokales.

Posen, den 30. Januar.

Am gestrigen Neumondstage, nach Falb einem trübsamen Tage 1. Ordnung, haben wir recht hümmisches und regnerisches Wetter gehabt; von früh ab wehte starker Südwestwind, und während eines großen Theils des Tages fiel mit Schneeflocken

